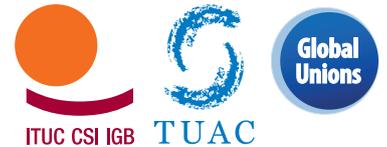




# L20

## AUSTRALIA 2014

In Zusammenarbeit mit



# L20-GEWERKSCHAFTS- ERKLÄRUNG

## ZUM TREFFEN DER MINISTER FÜR ARBEIT- UND BESCHÄFTIGUNG DER G20-LÄNDER

MELBOURNE, AUSTRALIEN, 10./11. SEPTEMBER 2014

<b>Einleitung und Überblick</b>	1
<b>Stützung der Nachfrage und Abbau der Ungleichheit</b>	3
<b>Steigerung der Investitionen in die Infrastruktur</b>	4
<b>Der „Königsweg“ für Strukturreformen</b>	6
Arbeitsplätze für junge Menschen, hochwertige Ausbildungsplätze und Schulbildung	7
Mehr Arbeitsplätze für Frauen schaffen	7
Zurückdrängung informeller Beschäftigung	8
Sichere Arbeitsplätze	8
<b>Prüfung der Einhaltung der Verpflichtungen und Verbesserung der Koordination innerhalb der G20</b>	8
<b>Anhang: Vorschläge der L20 bezüglich sichererer Arbeitsplätze</b>	9

## Einleitung und Überblick

**1** Die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 haben sich bei ihrem Treffen in Sydney im Februar 2014 verpflichtet, das BIP der G20 „in den kommenden fünf Jahren um mehr als 2 % über die aktuellen politischen Planungen hinaus“ zu steigern<sup>1</sup>. Die Zunahme der Investitionen und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in den G20-Ländern bleibt weit hinter den längerfristigen Trends und dem Stand vor der Krise zurück. Nur in vier G20-Ländern ist die Arbeitslosigkeit gesunken oder auf den Stand vor 2008 zurückgegangen, während in mehreren Ländern die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt. Informelle Beschäftigung wird nicht nur in G20-Entwicklungsländern zum großen Problem. Nach Schätzungen der IAO hat die weltweite „Beschäftigungslücke“ auf 62 Millionen zugenommen und wird bei anhaltendem Trend bis 2018 auf 81 Millionen steigen<sup>2</sup>. Die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze muss die zentrale Priorität der G20 werden. Das Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister muss als Katalysator für neue Maßnahmen wirken.

1 [https://www.g20.org/australia\\_2014/finance\\_ministers\\_and\\_central\\_bank\\_governors\\_meeting](https://www.g20.org/australia_2014/finance_ministers_and_central_bank_governors_meeting)

2 IAO-Bericht zu globalen Beschäftigungstrends 2014

**2** In den Monaten seit der „2 %-Verpflichtung“ der Finanzminister ist klar geworden, dass die G20 ihr Ziel verfehlt haben. Die Hochrechnungen der wichtigsten internationalen Institutionen für das weltweite Wachstum wurden für 2014 nach unten statt nach oben korrigiert. Das sich abschwächende Wachstum in Schwellenländern und die zunehmende Bedrohung einer Deflation in der Eurozone stellen eine erhebliche Gefahr für Arbeitsplätze und den allgemeinen Lebensstandard dar. Es gibt keine entscheidenden Fortschritte in Richtung eines nachhaltigen, robusten und integrativen Wachstums. Das Wachstum ist in vielen Volkswirtschaften durch fiskalpolitische Sparmaßnahmen und stagnierende Einkommen arbeitender Familien gebremst. Erwerbstätige in aller Welt stehen unter erheblichem finanziellem Druck, weil die Löhne und Gehälter hinter den Lebenshaltungskosten zurückbleiben. In der weltweiten Umfrage 2014 des IGB unter einer breiten Öffentlichkeit in 14 Ländern gab über die Hälfte der Teilnehmer (53 Prozent) an, dass ihr Familieneinkommen unterhalb der Lebenshaltungskosten gesunken sei. Einige G20-Regierungen und internationale Institutionen haben sich dafür stark gemacht, an einer Sparpolitik und Struktur„reformen“ festzuhalten, durch die die Löhne und Gehälter sinken und der Schutz von Arbeitnehmern abgebaut wird. Unter den aktuellen Gegebenheiten führt eine solche Vorgehensweise zu einer weiteren Stagnation des Arbeitsplatzangebots und des Wirtschaftswachstums. Je länger die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau bleibt oder weiter zunimmt, desto größer das Risiko, dass sie aufgrund dieser schädlicher Effekte „strukturell“ bleibt.

**3** Eine neue Vorgehensweise ist nötig. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in aller Welt brauchen jetzt eine bessere Bezahlung und verstärkte öffentliche Investitionen, die das Wachstum ankurbeln und bei denen gewährleistet ist, dass sie beschäftigungsintensiv und integrativ sind. Die Arbeits- und Finanzminister der G20 haben die Zweckmäßigkeit einer solchen Strategie bei ihrer Versammlung in Moskau im Juli 2013 anerkannt, bei der sie sich zu „Arbeitsmarktpolitik und Sozialinvestitionen“ bekannt haben, „die die Gesamtnachfrage stützen und die Ungleichheit verringern, wie z. B. eine Zunahme der Produktivität auf breiter Basis, einen zielgerichteten Sozialschutz, angemessene Mindestlöhne nach Maßgabe der nationalen Lohnfindungsmechanismen, nationale Tarifverhandlungsvereinbarungen und sonstige politische Maßnahmen, die den inneren Zusammenhang zwischen Produktivität, Löhnen und Gehältern und Beschäftigung verstärken.“<sup>3</sup> Die Umsetzung dieser Verpflichtungen durch die G20 ist überfällig. Mit dem Brisbane-Aktionsplan, den die G20 Staats- und Regierungschefs im November verabschieden sollen, müssen umfassende Maßnahmen beschlossen werden, die „die Gesamtnachfrage stärken und die Ungleichheit verringern“, wie dies 2013 vereinbart wurde, und die über Koordinationsprozesse auf der nationalen und der G20-Ebene eine kohärente Politik sicherstellen.

**4** Das Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister in Melbourne muss diesem Prozess einen Schub verleihen. Es müssen, in Abstimmung mit den Sozialpartnern, in nationalen Beschäftigungsprogrammen Ziele zur Schaffung von Arbeitsplätzen festgelegt werden. Um diese Ziele erreichen zu können, ist gemeinsames Handeln auf G20-Ebene auf der Grundlage einer koordinierten und zugleich differenzierten Politik auf nationaler Ebene erforderlich. Die Pläne müssen Folgendes beinhalten:

- Anhebung der unteren und mittleren Einkommen zum Abbau der Ungleichheit und zur Erzeugung von Kaufkraft in der Weltwirtschaft. Studien, die für die L20<sup>4</sup> durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass eine Umkehrung des Rückgangs des Lohnanteils am Gesamteinkommen um einen bis fünf Prozentpunkte des BIP in den G20-Ländern eine Wachstumssteigerung um fast 2 % in den nächsten fünf Jahren bewirken könnte.
- Steigerung der öffentlichen Investitionen in soziale und physische Infrastruktur zur kurzfristigen Anregung des Wachstums und um den strukturellen Wandel der Volkswirtschaften herbeizuführen, der zur Bekämpfung des Klimawandels erforderlich ist. Unsere Schätzungen<sup>5</sup> lassen erkennen, dass ein Ausbau der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur um 1 % des BIP in den G20 im Vergleich mit der derzeitigen Politik in einem Zeitraum von fünf Jahren bis zu 3,8 % mehr Wachstum schaffen könnte.
- Rückkehr zu einer ausgewogenen Strukturpolitik zur Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze. Die G20 Regierungen müssen:
  - die Beschäftigung junger Menschen fördern, indem sie Jugendgarantien einführen, qualitativ hochwertige Berufsausbildungen und Lehrstellen anbieten, wie von L20 und B20 gefordert, und die Investitionen in eine qualitativ hochwertige öffentliche Bildung steigern;

3 <http://en.g20russia.ru/news/20130719/781660747.html>

4 Ozlem Onaran, Universität Greenwich, „The case for a coordinated policy mix of wage-led recovery and public investment in G20“, L20-Arbeitspapier, 2014

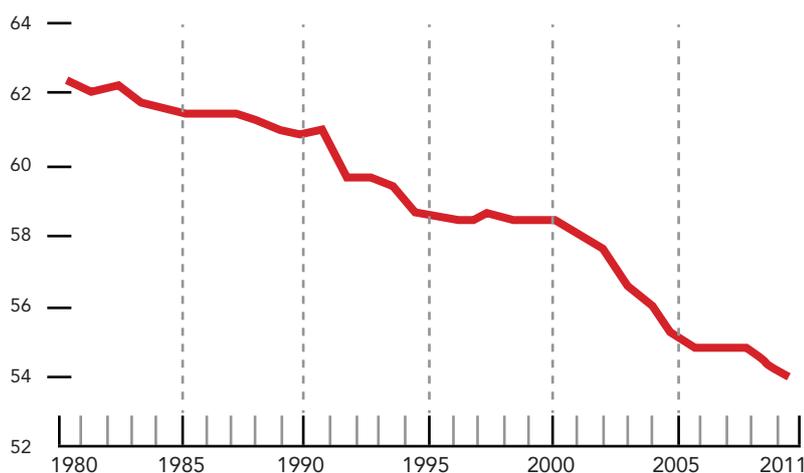
5 Onaran, 2014, a.a.O.

- die Zahl der Arbeitsplätze für Frauen erhöhen und integrative Arbeitsmärkte fördern, indem sie die Erwerbsquote gefährdeter Gruppen, unter anderem durch Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen und die „Pflegewirtschaft“, steigern;
- eine globale soziale Grundsicherung einführen, um die Verfügbarkeit einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und Altenpflege und grundlegender öffentlicher Dienste sicherzustellen;
- die Arbeitnehmerrechte und die Sozialschutzsysteme stärken, um Menschen aus informellen Arbeitsverhältnissen herauszubringen;
- „sichere Arbeitsplätze“ garantieren, indem sie den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und die Sicherheitssysteme in G20-Ländern stärken und sicherstellen, dass G20-Investoren in ihren internationalen Lieferketten gleiche Standards anwenden.

## Stützung der Nachfrage und Abbau der Ungleichheit

**5** In den letzten drei Jahrzehnten ist der Arbeitsanteil am Volkseinkommen in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern deutlich gesunken. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird, beträgt nach Schätzungen der UNCTAD der Rückgang 8 Prozentpunkte der weltweiten Produktionsleistung. Darüber hinaus hat die Ungleichheit innerhalb des Arbeitsanteils in den meisten G20-Ländern zugenommen. Nach neusten OECD Erhebungen hat sich in den letzten dreißig Jahren in den Vereinigten Staaten das obere ein Prozent fast die Hälfte des gesamten Einkommenszuwachses gesichert.<sup>6</sup> Das bedeutet, dass der Rückgang des Arbeitsanteils der unteren 99 Prozent noch gravierender ist und der Arbeitsanteil „heute niedriger ist als in jedem anderen Zeitraum seit 1930“<sup>7</sup>.

**Tabelle 1: Anteil der Arbeitseinkommen an der gesamten weltweiten Produktionsleistung**



Quelle: UNCTAD Trade and Development Report 2013

**6** Die wirtschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Schäden wachsender Ungleichheit werden jetzt auch von internationalen Organisationen erkannt. Der Internationale Währungsfonds plädiert für eine Umverteilungspolitik „nicht nur, weil Ungleichheit ethisch unerwünscht ist, sondern auch, weil das resultierende Wachstum schwach und nicht nachhaltig wäre“<sup>8</sup>. Armut schließt Millionen von Bürgern von der formellen Wirtschaft aus und nimmt ihnen die Möglichkeit, ihr Potenzial zu verwirklichen. Gleichzeitig haben viele Familien aus dem Mittelstand Schwierigkeiten, eine angemessene Wohnung und eine angemessene Gesundheitsversorgung, Altersvorsorge und Schulbildung für ihre Kinder zu bezahlen. Wenn dieser Trend weiter anhält, wird ein geschwächter Mittelstand zu einer geschwächten Volkswirtschaft führen. Die Asian Development Bank hat erklärt, dass, wenn sich in den aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften die Einkommensverteilung in den letzten 20 Jahren nicht verschlechtert hätte, weitere 240 Millionen Menschen durch das schnelle Wachstum in der Region ihrer extremen Armut entkommen wären<sup>9</sup>.

6 <http://www.oecd.org/els/soc/OECD2014-FocusOnTopIncomes.pdf>

7 Olivier Giovannoni, Levy Economics Institute Working paper N° 805, 2014

8 IWF, „Redistribution, Inequality and Growth“, 2014

9 Zitiert in „For richer, for poorer.“ The Economist, Ausgabe 13. Oktober 2012

**7** Die sinkende Lohnquote ist mitursächlich für die mangelnde Nachfrage in der Weltwirtschaft. Und dennoch gehen viele der Handlungsempfehlungen von IWF und OECD und insbesondere der Troika in Europa immer noch in die entgegengesetzte Richtung und empfehlen eine Schwächung der Arbeitsmarktinstitutionen einschließlich der Tarifverhandlungen, um eine interne Entwertung der Löhne und eine Senkung der Arbeits- und Lohnkosten zu erreichen. Dies führt nicht nur kurzfristig zu einer Deflation, sondern zerstört zukünftig die Möglichkeit koordinierter Tarifverhandlungen und eines sozialen Dialogs.

**8** Dagegen könnten die G20-Regierungen durch eine Umkehr des Rückgangs des Arbeitsanteils kurzfristig das Wachstum anregen und mittelfristig ein nachhaltigeres Wachstum erzeugen. Untersuchungen, die Prof. Ozlem Onaran von der Universität Greenwich für die L20 durchgeführt hat, zeigen: „Ein koordinierter Politikmix bei den G20 mit dem Ziel einer Erhöhung des Anteils der Löhne und Gehälter am BIP um 1-5 % in den nächsten 5 Jahren und mit staatlichen Investitionen in die gesellschaftliche und physische Infrastruktur um 1 % des BIP in jedem Land könnte bei den G20 im Vergleich mit der derzeitigen Politik bis zu 5,84 % mehr Wachstum erzeugen“<sup>10</sup>. Diese Simulationen zeigen „die ausgeprägten Wirkungen eines lohnbedingten Aufschwungs auf die Binnennachfrage, die eventuelle negative Auswirkungen auf die Netto-Exporte oder Privatinvestitionen ausgleichen“<sup>11</sup>.

**9** Die G20-Arbeitsminister sollten Richtlinien für den Brisbane-Aktionsplan erarbeiten, die den Anteil der Arbeitseinkommen am BIP erhöhen, und eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der Ungleichheit mit *einschließendem* Wachstum vorlegen, indem sie Maßnahmen für Folgendes beschließen:

- Bekämpfung der wachsenden Armut trotz Erwerbstätigkeit durch die Einführung robuster, austarierter Mindestlöhne und Sicherstellung eines existenzsichernden Lohns;
- Erweiterung des Geltungsbereichs der Tarifautonomie durch die Sozialpartner als zentrales Anliegen der Politik;
- Einhaltung bisheriger Verpflichtungen zur Wahrung und Unterstützung der Achtung grundlegender Rechte am Arbeitsplatz;
- Einleitung von Schritten zur Umsetzung einer weltweiten sozialen Grundsicherung wie bei früheren G20-Treffen vereinbart und Unterstützung der Ratifizierung der IAO-Instrumente zur sozialen Sicherheit;
- Wiederherstellung des Sozialschutzes, der der Sparpolitik geopfert wurde. Angesichts wachsender Ungleichheit und fehlender angemessener Beschäftigungschancen müssen die sozialen Sicherheitssysteme den Menschen außerhalb des Arbeitsmarkts, Familien mit Kindern und den älteren Bürgern sowie gefährdeten Gruppen wie z. B. jungen Müttern, Kranken und Menschen mit einer Behinderung ein angemessenes Einkommen gewährleisten;
- Sicherstellung, dass alle Menschen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung haben;
- Einleitung von Corporate Governance-Reformen, um sicherzustellen, dass die Vergütungen für Führungskräfte und Vorstände nicht zu einem übermäßigen Entlohnungsabstand oder zu übermäßiger Risikofreudigkeit des Managements führen;
- Wiederherstellung der Progression im Steuersystem und Unterbindung der internationalen Steuerflucht und -vermeidung durch effektive Umsetzung der OECD-Norm für den automatischen Informationsaustausch und des Aktionsplans gegen Gewinnkürzung und -verlagerung;
- Sicherstellung, dass die Wirtschaftsleistung durch umfassendere Kriterien als das BIP pro Kopf beurteilt wird, indem die Einkommensverteilung und Umfang und Qualität der Arbeitsplätze mit einbezogen werden.

## Steigerung der Investitionen in die Infrastruktur

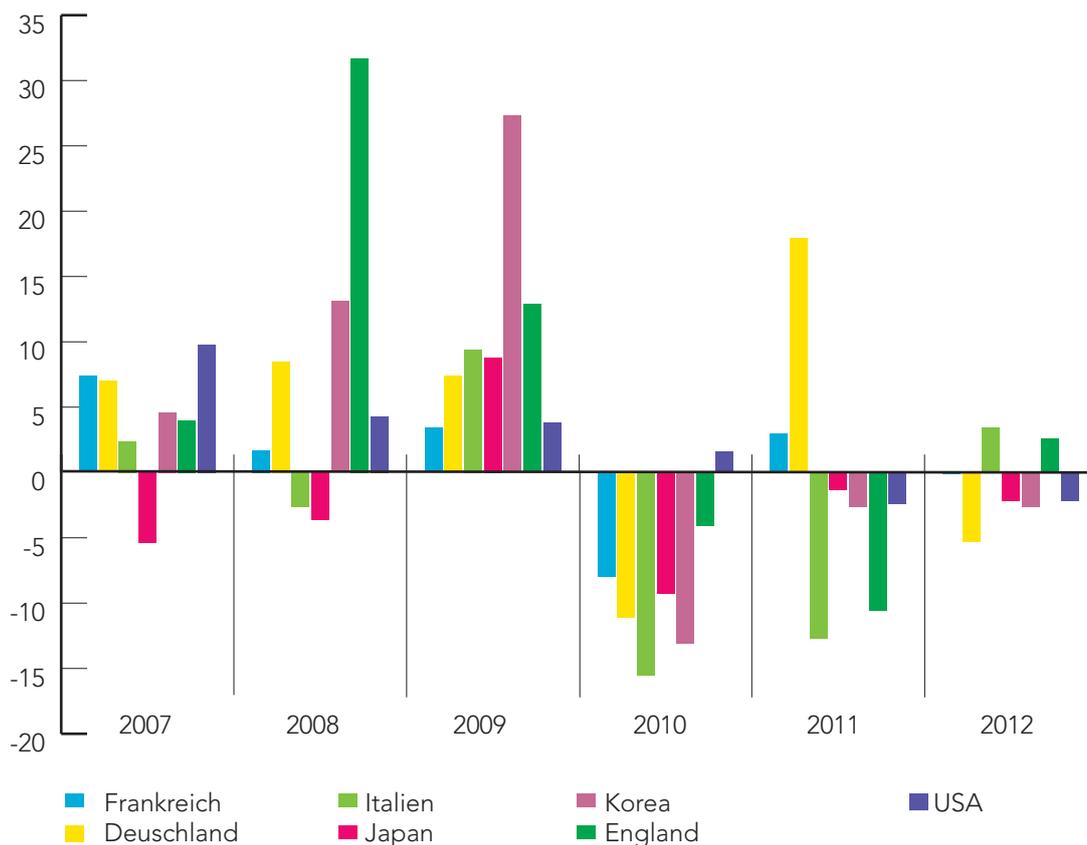
**10** Eine Steigerung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ist schon als solche dringend geboten – der weltweite Infrastrukturbedarf beträgt nach realistischen Schätzungen rund 30 Billionen USD in den nächsten 20 Jahren - und nicht zuletzt auch, um den Übergang auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft zu unterstützen. Solche Investitionen sind aber auch nötig, um kurzfristig die Konjunkturerholung voranzutreiben und durch Schaffung von Arbeitsplätzen und erhöhte

10 Onaran 2014, a.a.O.

11 Onaran 2014, a.a.O.

Produktivität die Basis für eine robuste Binnennachfrage zu schaffen. Schätzungen zufolge<sup>12</sup> könnte eine Erweiterung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur um 1 % des BIP in den G20 gegenüber einer unveränderten nationalen Wachstumspolitik der G20 in einem Zeitraum von fünf Jahren bis zu 3,8 % mehr Wachstum schaffen. Pläne zur Schaffung von Arbeitsplätzen sollten Infrastruktur-Investitionsziele für die kommenden fünf Jahre beinhalten und hierzu öffentliche Geldgeber und private institutionelle Anleger mobilisieren – einschließlich der Pensionskassen. Regierungen müssen sich zu einer Steigerung der öffentlichen Investitionen verpflichten und diese mindestens wieder auf den Stand vor der Krise bringen. Wie Tabelle 2 zeigt, sind in vielen G20-Volkswirtschaften die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur aufgrund der nach 2010 ergriffenen Sparmaßnahmen gesunken.

**Tabelle 2: Öffentliche Investitionen in ausgewählten G20 Volkswirtschaften**



Source: dotstat.oecd.org (Gross capital formation and acq. less disposals of non-fin. non-prod.assets)

**11** Die Regierungen müssen sicherstellen, dass die öffentlichen Verwaltungen über ausreichende institutionelle Kapazitäten und Kompetenzen verfügen – auf der zentralen wie auf der Lokalebene – um langfristige Planungen, komplexe Vertragsverhandlungen, Projektmanagement, Anhörung der Interessenvertreter und Priorisierung von Projekten bewältigen zu können, in die es auch Kriterien zur Schaffung von Arbeitsplätzen aufzunehmen gilt. Ohne eine angemessene Planung und institutionellen Kapazitäten ist es schwierig, Infrastrukturprojekte gegenüber öffentlichen Interessen und nachhaltiger Entwicklung zu priorisieren. Und doch fehlen in G20-Ländern allzu oft die wesentlichen institutionellen Kapazitäten.

**12** Einige Infrastruktur-Projekte eignen sich für eine Finanzierung durch langfristige institutionelle Investoren, wie z. B. durch Pensionskassen. Dies erfordert die Bereitstellung eines transparenten Infrastruktur-Marktangebotsmechanismus für Prioritätsprojekte, die attraktiv für langfristige Investoren – und nicht unbedingt für den höchsten Bieter auf kurze Sicht – und im Sinne einer Sicherstellung möglichst geringer Transaktionskosten gestaltet sind. Die hochrangigen Grundsätze der G20/OECD bezüglich langfristiger Investitionen durch institutionelle Anleger bieten diesbezüglich eine Orientierungshilfe. Es müssen faire und transparente Vereinbarungen zur Aufteilung der Risiken gefunden werden, wenn öffentliche und private Finanzierung vermischt

12 Onaran, 2014, a.a.O.

werden. Infrastrukturmittel und Finanzvermittler (Vermögensverwalter und Bankiers) müssen höchsten Standards bezüglich eines verantwortungsbewussten Geschäftsverhaltens, der Transparenz und der Rechenschaftspflicht genügen – auch, was Gebühren und Transaktionskosten angeht.

**13** Die L20 rufen die Arbeitsminister der G20 auf:

- im Rahmen ihrer nationalen Wachstumspläne Investitionsziele für die öffentliche Infrastruktur festzulegen, die Zielsetzungen im Sinne einer Steigerung der Beschäftigungszahlen und der Produktivität gerecht werden;
- sicherzustellen, dass die öffentlichen Verwaltungen über ausreichende institutionelle Kapazitäten und Kompetenzen verfügen – auf der zentralen wie auf der lokalen Behördenebene – um langfristige Infrastruktur-Planungen und die Anhörung der Interessenvertreter sicherzustellen, und
- bei Infrastrukturprojekten, die für langfristige institutionelle Investoren geeignet sind, transparente und maßgeschneiderte Angebotsmechanismen für den Infrastrukturmarkt und eine effektive Einhaltung der hochrangigen Grundsätze der G20/OECD bezüglich langfristiger Investitionen durch institutionelle Anleger sicherzustellen.

## Der „Königsweg“ für Strukturreformen

**14** Trotz einschlägigen Gegenbeweisen, drängen einige G20-Regierungen nach wie vor auf „Strukturreformen“ und „Flexibilität“ auf dem Arbeitsmarkt, was eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes zur Folge hat. Hinter „Strukturreformen“ dieser Art verbergen sich Angriffe auf Löhne und Gehälter, die Tarifautonomie und Gewerkschaftsrechte. Solche „Reformen“ beschädigen langfristig das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gewebe und verschärfen die ohnehin schon zunehmende Ungleichheit. Eine einseitige Ausrichtung auf die Angebotsseite der Volkswirtschaft ignoriert die Tatsache, dass in der derzeitigen Situation mangelnde Nachfrage der Hauptgrund für ein schwaches Wachstum bei Einkommen und Arbeitsplätzen ist, und dass Arbeitslosigkeit in aller Regel unfreiwillig ist.

**15** „Reformen“, die eine weitere Zunahme der Ungleichheit bewirken, führen in einen Teufelskreis aus schwächerer Nachfrage und geringerem Wachstum des BIP und des Arbeitsplatzangebots. Außerdem haben Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben unverhältnismäßige Auswirkungen auf Frauen, wodurch ihre Belastung durch Fürsorgeaufgaben steigt und ihre Teilhabe am formellen Arbeitsmarkt beschränkt wird. Darüber hinaus gibt es eine nie dagewesene Zunahme der informellen und prekären Beschäftigungsverhältnisse. Eine solche Politik kann daher grundsätzlich weder ein nachhaltiges Wachstum noch eine langfristige fiskalpolitische Konsolidierung bewirken.

**16** Trotz der von der IAO aufgezeigten erheblichen „Beschäftigungslücke“ steht auch der Sozialschutz der Beschäftigungslosen auf dem Spiel. Nach Schätzungen der IAO ist der effektive Deckungsgrad des Sozialschutzes in allen Weltregionen mit Ausnahme von Lateinamerika seit 2007 zurückgegangen. Ganz besonders dramatisch war der Rückgang in Nordamerika, wo 2012/2013 nur 28 % der Beschäftigungslosen unter dem Schutz eines staatlichen Hilfsprogramms standen, gefolgt von Mittel- und Osteuropa (21,6 %) und Westeuropa (63,8 %).

**17** Die L20 rufen die Arbeits- und Beschäftigungsminister auf, die Agenda bezüglich der Arbeitsmarktpolitik zu ändern und die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere hinsichtlich hochwertiger Arbeitsplätze für junge Menschen und der Unterstützung der L20-B20-Maßnahmen für hochwertige Ausbildungsplätze. Ebenso müssen mehr Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden und die informelle Beschäftigung zurückgedrängt, sowie das Projekt bezüglich sicherer Arbeitsplätze vorangetrieben werden.

## Arbeitsplätze für junge Menschen, hochwertige Ausbildungsplätze und Schulbildung

**18** Im Bericht der Task-Force „Beschäftigung“ der G20 über die Arbeitsplätze für junge Menschen aus dem Jahr 2012 wurde bereits ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Beendigung der schwerwiegenden, anhaltenden Benachteiligung vorgestellt, die junge Menschen durch

Arbeitslosigkeit erleiden. Bei ihrem Treffen in Guadalajara im Jahre 2012 haben die Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20 versprochen, „die Bemühungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu intensivieren“<sup>14</sup>. Dennoch nimmt die Jugendarbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung junger Menschen weiter zu. Nach Schätzungen der IAO waren 2013 74,5 Millionen junge Menschen im Alter von 15-25 Jahren weltweit arbeitslos, eine Zunahme um eine Million gegenüber dem Vorjahr. Derzeit glaubt nach der weltweiten Erhebung des IGB 2014 nur jeder Zweite, dass die nächste Generation eine angemessene Beschäftigung finden wird. Die L20 arbeiten weiter mit den B20 zusammen, um unsere gemeinsame Erklärung zu hochwertigen Arbeitsplätzen aus dem Jahr 2013 als Teil der Reaktion auf die Jugendarbeitslosigkeitskrise umzusetzen. Der IGB und TUAC haben für die L20 und IOE und BIAC, die internationale Organisationen bei der B20 vertreten, Untersuchungen über Lehrstellen auf nationaler Ebene durchgeführt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Regierungen die Sozialpartner vollständig in die Planung, Umsetzung und Ausgestaltung von Lehrstellensystemen einbeziehen müssen. Wir haben unsere nationalen Mitgliedsorganisationen in den G20-Ländern angeschrieben und sie dringend gebeten, „die Komponenten weiter zu verfolgen, die hochwertige Lehrstellen durch Kooperation und Partnerschaften auf der nationalen Ebene, und durch die Förderung auf der Branchen- und Unternehmensebene gewährleisten“.

**19** Wir rufen die Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20-Länder auf:

- ihre Sozialpartnerorganisationen auf der nationalen Ebene einzuberufen, um die Umsetzung der Arbeit bezüglich hochwertiger Ausbildungsplätze zu beurteilen;
- die Gestaltung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auszubauen und diese, soweit möglich, auf junge Menschen auszurichten;
- das Weiterbildungsangebot zu verbessern, insbesondere das Angebot an Arbeitsplatz-basierter Weiterbildung, und sich für gesellschaftlichen Dialog und Tarifverhandlungen auf Unternehmens-, Branchen- und nationaler Ebene einzusetzen, um Anreize für Investitionen in praktische Fähigkeiten und Wissen zu schaffen;
- Hochleistungsarbeitsplätze zu schaffen, die die effektive Nutzung von Kompetenzen verbessern;
- einen Anspruch auf Weiterbildung am Arbeitsplatz für die Beschäftigten einzuführen, um eine höhere Inanspruchnahme von Weiterbildungsmaßnahmen sicherzustellen;
- mit den anderen Ministern im Bezug auf Investitionen in Infrastruktur, Schulbildung, Weiterbildung und Innovation zusammenzuarbeiten;
- die Erfahrungen der Europäischen Union mit den Jugendbeschäftigungsinitiativen und der Jugendgarantie zu nutzen, um einen G20 Jugend-Beschäftigungspakt zu erarbeiten und damit sicherzustellen, dass junge Menschen einen qualifizierten Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz erhalten, wenn sie die formale Schulbildung abgeschlossen haben.

## Mehr Arbeitsplätze für Frauen schaffen

**20** Dass sich die Task-Force „Beschäftigung“ der G20 mit einer Verbesserung der Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in den G20-Ländern befasst, ist begrüßenswert. Allerdings muss dies in Strategien eingebettet sein, die menschenwürdige Arbeit und integrative Arbeitsmärkte schaffen. Investitionen in die Pflegewirtschaft bieten die Chance, nicht nur den tatsächlichen Wert von Pflegetätigkeit zu würdigen, die derzeit oft von unbezahlten oder nicht ausreichend bezahlten Kräften verrichtet wird, die in der Statistik unsichtbar sind. Solche Investitionen bieten zugleich die Chance, Geschlechts-Stereotypen und die Segregation der Arbeitsmärkte aufzulösen und positiv auf das geschlechtsspezifische Lohngefälle einzuwirken, indem traditionelle Geschlechterrollen infrage gestellt werden.

**21** Die Arbeitsminister sollten in ihre Beschäftigungspläne Folgendes aufnehmen:

- wirtschaftliche Strategien für die Pflege, die der Tatsache gerecht werden, dass der Zugang zu Pflegedienstleistungen und staatlichen Leistungen für Familien eine Voraussetzung für die Teilnahme von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt ist;
- Maßnahmen zur Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles einschließlich einer Unterstützung der Tarifautonomie und in ihrer Rolle als öffentliche Arbeitgeber durch Stärkung der Rechte von Teilzeitbeschäftigten, und eine Reduzierung der beruflichen Segmentierung;
- Schaffung von Mechanismen zur Beurteilung (sowohl positiver als auch negativer) geschlechtsspezifischer Folgen von politischen Maßnahmen.

---

14 Schlussfolgerungen der G20-Arbeits- und Beschäftigungsminister, Guadalajara, Mexiko, 17.-18. Mai 2012

## Zurückdrängung informeller Beschäftigung

**22** Informelle Beschäftigung ist in G20-Entwicklungsländern immer noch weit verbreitet, und während es in Lateinamerika gewisse Fortschritte gegeben hat, da diese dort unter 50 % gesenkt werden konnte, ist ihr Anteil in den Ländern Süd- und Südostasiens immer noch hoch<sup>15</sup>. Die meisten Beschäftigten, die einer informellen wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, tun dies nicht aus freien Stücken; dies ist vielmehr eine Überlebensnotwendigkeit, weil es keine menschenwürdige Beschäftigung gibt. Das Fehlen einer sozialen Grundsicherung und unzureichende Sozialversicherungsleistungen treiben Erwerbspersonen in die informelle Wirtschaft. Beschäftigte in der informellen Wirtschaft haben keine Sozialversicherung, verdienen sehr wenig oder gar nichts und entbehren den Schutz fundamentaler Prinzipien und Rechte am Arbeitsplatz und anderer Arbeitsnormen. Frauen sind in dieser Gruppe überproportional vertreten. Tätigkeiten in der informellen Wirtschaft sind oft durch eine sehr geringe Produktivität gekennzeichnet und stellen eine Form der Unterbeschäftigung dar. Die Überführung informeller wirtschaftlicher Tätigkeiten in formelle Tätigkeiten ist daher notwendig, um sowohl die wirtschaftliche Effizienz für die Wirtschaftsentwicklung als auch das Wohlergehen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der betreffenden Beschäftigten zu verbessern.

**23** Die L20 sind bereit, mit der Task-Force „Beschäftigung“ der G20 im Zeitraum einschließlich der türkischen Ratspräsidentschaft zusammenzuarbeiten, um Maßnahmen zur Eindämmung prekärer, irregulärer und Vertragsarbeit durch die Ausweitung des Sozialschutzes und die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte in der gesamten Erwerbsbevölkerung zu identifizieren. Dabei soll im Hinblick auf den höheren Anteil von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen ein besonderes Augenmerk auf die geschlechtsspezifische Dimension gerichtet werden.

## Sichere Arbeitsplätze

**24** Die L20 haben die Initiative der G20 zur Schaffung einer Arbeitsgruppe für sichere Arbeitsplätze begrüßt und in Reaktion auf den G20-Fragebogen die Partner und Mitgliedsorganisationen der Global Unions hinsichtlich Prioritäten befragt. Die vorläufigen Ergebnisse sind dieser Erklärung im Anhang beigefügt. Um dieser Initiative einen Anfangsschub zu verleihen, möchten wir die Mitglieder der G20 dringend bitten, ehrgeizige Roadmaps für die Förderung sichererer Arbeitsplätze entsprechend den Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern zu erarbeiten. Wir schlagen vor, dass die G20 einen Workshop über optimale Verfahrensweisen zur Förderung sichererer Arbeitsplätze global über gesamte Lieferketten hinweg organisiert. Dabei kann auf den Erfahrungen von Regierung, Wirtschaft und Arbeitskräften aufgebaut werden und die Rolle multilateraler Instrumente berücksichtigt werden, die bislang erarbeitet wurden. Die L20 sind bereit, zusammen mit unseren Kollegen in der Wirtschaft diese Initiative voranzutreiben.

## Prüfung der Einhaltung der Verpflichtungen und Verbesserung der Koordination innerhalb der G20

**25** Das Treffen der Arbeitsminister der G20 findet zu einem kritischen Zeitpunkt statt, zu dem die Glaubwürdigkeit der G20 bezüglich der Einhaltung eingegangener Verpflichtungen auf dem Prüfstand steht. Die Minister sollten:

- sicherstellen, dass die Brisbane-„Aktionspläne“ nicht bloß die derzeitige Politik wiederholen, sondern neue, spezifische Verpflichtungen enthalten und deren Umsetzung sicherstellen;
- Datenbanken, Fortschrittmeldungen und Prognosewerkzeuge zur Identifizierung zukünftiger Erfordernisse einrichten;
- „Kohärenz institutionalisieren“, indem sie ein gemeinsames Treffen der Arbeits- und Finanzminister für 2015 planen;
- die Zusammenarbeit zwischen der Beschäftigungs-Arbeitsgruppe und dem Finance Track zur Schaffung koordinierter Richtlinienpakete verstärken;
- Sozialpartner-Beratungen sowohl bei den Minister- als auch den Staats- und Regierungschef-Treffen organisieren.

---

15 IAO-Bericht zu globalen Beschäftigungstrends, a.a.O.

## Anhang: Vorschläge der L20 bezüglich sichererer Arbeitsplätze

**1** Die Mitglieder der G20 müssen ehrgeizige Roadmaps für die Förderung sichererer Arbeitsplätze entsprechend den Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern erarbeiten. Diese müssen:

- das Recht von Beschäftigten auf Sicherheit und Gesundheit anerkennen und damit das Recht auf Informationen über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Arbeitsschutz), das Recht, in Arbeitsschutz ausgebildet zu werden, das Recht, gefährliche Arbeiten zu verweigern, den Schutz von Whistleblowern und den Schutz vor Viktimisierung oder der Aufnahme in schwarze Listen.
- den Ursachen von fehlenden Meldungen und Fälschung von Statistiken in Bezug auf Arbeitsunfälle, Erkrankungen und Todesfälle nachgehen, da das System diejenigen belohnt, die weniger Zwischenfälle melden.
- auf die Herausforderungen reagieren, die die G20-Untergruppe „Sicherere Arbeitsplätze“ bereits identifiziert hat, wozu unter anderem gehören:
  - wirksame Durchsetzung der Arbeitsschutzvorschriften, die Notwendigkeit einer angemessenen Bereitstellung von Mitteln für die Durchsetzung des Arbeitsschutzes durch Regierungen – einschließlich Arbeitsaufsichtsbehörden – und Anhebung der Kosten für nachlässige Arbeitgeber, die den Arbeitsschutz missachten, und klare gesetzliche Sicherheitsverpflichtungen für die Inhaber/Direktoren von Unternehmen.
  - Ratifizierung, Umsetzung und Durchsetzung aller einschlägigen IAO-Übereinkommen und -Empfehlungen.
  - nachdrücklicherer Einsatz für den Arbeitsschutz von Erwerbstätigen in nicht-standardmäßigen Beschäftigungsformen wie z. B. Leiharbeitnehmern sowie für besonders gefährdete Beschäftigte aufgrund ihres Status als Migranten, als Angehörige von Minderheiten oder Beschäftigte, die in anderer Weise sozial benachteiligt sind.
  - Befassung mit dem Arbeitsschutz in gefährlichen Sektoren wie z. B. Bergbau, Landwirtschaft, Fischerei, Häfen und Baubranche sowie in Textil- und Bekleidungsfabriken, insbesondere in Bezug auf Brandrisiken und Gebäudestabilität und entlang der Lieferketten.
  - Ergreifung von Maßnahmen gegen unsicheren/ungesunden Kontakt mit karzinogenen Substanzen wie Asbest, Kadmium und Quecksilber und Risiken in Bezug auf die Nanotechnik und andere sich abzeichnende, aber noch nur unzureichend untersuchte Substanzen/Prozesse.
  - Befassung mit psychosozialen Risiken einschließlich Stress, Belästigung, Schikanen, Mobbing und anderen Formen von Gewalt am Arbeitsplatz.

**2** Wir rufen die G20 im Zusammenhang mit zukünftigen gemeinsamen Tätigkeiten hinsichtlich sichererer Arbeitsplätze auf:

- einen Workshop zu organisieren über bewährte Verfahrensweisen zur Förderung sichererer Arbeitsplätze in der gesamten Lieferkette unter Nutzung der Erfahrungen von Regierungen, Wirtschaft und Arbeitskräften und Berücksichtigung der Rolle multilateraler Instrumente zur verantwortungsbewussten Unternehmensführung, die bislang entwickelt wurden (Leitsätze der UN über Wirtschaft und Menschenrechte, OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, IAO-Erklärung). einen Informationsaustausch zu pflegen über:
  - bessere Arbeitsverfahren (bessere Gestaltung der Arbeitsabläufe zur Verringerung oder Beseitigung körperlicher, biologischer, chemischer, psychosozialer und anderer Gefährdungen).
  - Beseitigung von Risiken (Verbot, Beschränkung und Kontrolle toxischer Substanzen und gefährlicher Verfahren).
  - sich abzeichnende Risiken (gesetzgeberische und Überwachungsstrategien einschließlich vorbeugender Maßnahmen).
  - Erkennung und Vorbeugung von Berufskrankheiten (Zusammentragen konsolidierter Verzeichnisse erkannter Berufskrankheiten auf der nationalen/staatlichen Ebene, z. B. für Schadensersatzzwecke).
  - Vermeidung eines Gefahrentransfers (Maßnahmen zur Vermeidung des Exports gefährlicher Arbeitsplätze, Substanzen oder Verfahren durch Transparenz, Rechtsvorschriften, Durchsetzung und Datenaustausch und Unterstützung).



# L20

AUSTRALIA 2014

## L20-GEWERK- SCHAFTS- ERKLÄRUNG ZUM TREFFEN DER MINISTER FÜR ARBEIT- UND BESCHÄFTIGUNG DER G20-LÄNDER

MELBOURNE, AUSTRALIEN,  
10./11. SEPTEMBER 2014

LABOUR20.ORG

### Global Unions

[www.global-unions.org](http://www.global-unions.org)



### BWI

[www.bwint.org](http://www.bwint.org)



### EI

[www.ei-ie.org](http://www.ei-ie.org)



### IAEA

[www.iaea-globalunion.org](http://www.iaea-globalunion.org)



### IFJ

[www.ifj.org](http://www.ifj.org)



### IndustriALL

[www.industrialall-union.org](http://www.industrialall-union.org)



### ITF

[www.itf.org.uk](http://www.itf.org.uk)



### ITUC

[www.ituc-csi.org](http://www.ituc-csi.org)



### IUF

[www.iuf.org](http://www.iuf.org)



### PSI

[www.world-psi.org](http://www.world-psi.org)



### TUAC

[www.tuac.org](http://www.tuac.org)



### UNI

[www.uniglobalunion.org](http://www.uniglobalunion.org)

